

1. In aller Kürze..... 1
 2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle..... 2
 3. Aus den Fachbereichen..... 2
 4. Lesenswertes..... 5
 5. Termine auf einen Blick..... 6
 6. Hilfreiche Tipps..... 6
 7. Impressum..... 6

1. In aller Kürze

18. April 2006:

Ostermärsche gegen Irankrieg

Am Wochenende fanden traditionell die Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Bundesweit beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen an den Veranstaltungen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Aktionen stand

der drohende Irankrieg und die Forderung nach einer friedlichen Lösung des Konflikts. Ein von der "Kooperation für den Frieden" herausgegebenes Dossier zum Iran-Konflikt ist unter www.koop-frieden.de/irandossier.pdf abrufbar.

05. April 2006:

Erster Vogelgrippefall bei Nutzgeflügel in Deutschland

Der Verdacht auf Vogelgrippe bei einem Geflügelhalter im sächsischen Muldentalkreis hat sich bestätigt. Die zuständige Landesbehörde hat die Keulung von 16.000 Puten, Gänsen und Hühnern angeordnet und richtet eine Schutzzone von drei Kilometern um den Betrieb ein. "Wir befürchten, dass nun sämtliches Geflügel innerhalb dieser Schutzzone vorsorglich getötet wird", erklärt Dr. Marlene Wartenberg, Geschäftsführerin von VIER PFOTEN - Stiftung für Tierschutz. „VIER PFOTEN lehnt die präventive Keulung gesunder Geflügelbestände ab, auch wenn sich diese in einer Schutzzone befinden.

Anstatt massenhaft Tiere auf Verdacht zu töten, muss mit konsequenter Abschottung, dem Verbot aller Transportaktivitäten und entsprechenden Desinfektionsmaßnahmen reagiert werden".

Bricht in einem Nutzgeflügel-Bestand die Vogelgrippe aus, muss dieser Bestand nach dem deutschen Tierseuchengesetz getötet bzw. gekeult werden. Es ist jedoch Abwägungssache der verantwortliche Landesbehörde, innerhalb einer Schutzzone die Keulung allen Geflügels, - also auch gesunder Bestände - anzuordnen oder nicht. Aus Tierschutzsicht ist ein solches Vorgehen absolut unverhältnismäßig.

Quelle:

<http://presseportal.de/story.htx?firmaid=17477>

03. April „06:

Tote Wale auf den Kanarischen Inseln

Eine ungewöhnliche Häufung von Walstrandungen hat auf den Kanarischen Inseln Ende März zum Tod von mindestens fünf Tieren geführt. Nach ähnlichen Vorkommnissen in der Vergangenheit fiel der Verdacht sofort auf mögliche mili-

tärische Manöver im Gebiet der Kanaren. Umweltverbände und Meeresbiologen fordern, dass Sonargeräte verboten werden, deren tödliche Wirkung auf Wale inzwischen mehrfach nachgewiesen ist.

Mehr Infos zum Thema:

<http://presseportal.de/story.htx?firmaid=22521>

01.-30. April:

Wir erinnern uns....

Im Umweltschutz ist in den letzten Jahren viel geschehen, sowohl an Erfolgen als auch an

Katastrophen. Vieles ist in Vergessenheit geraten - zu Unrecht. Darum wollen wir jeden Monat an wichtige Ereignisse erinnern.

10.04.1991	Zusammenstoß der Fähre „Moby Prince“ mit dem Öltanker „Agip Abruzzo“ vor Livorno	ca. 2700 Tonnen Rohöl treten aus
22.04.2006	Internationaler Tag der Erde	www.earthday.net
26.04.2006	20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl	2006 finden zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt
29.04.2006	Tag der Erneuerbaren Energien	www.energietag.de

2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Wir laden ein

Am 19. Mai 2006 möchten wir Euch/ Sie ganz herzlich einladen zu unserer Öffentlichen Veranstaltung

„Wirtschafts- und Umweltkriminalität: Vom Kampf der Davids gegen die Goliaths“

Vortrag mit Prof. Dr. Erich Schöndorf, federführender Staatsanwalt im „Holzschutzmittelprozess“, Dozent für Wirtschafts- und Umweltrecht und bekannter Sachbuch- und Krimiautor. Kommen Sie und diskutieren Sie mit!

Weiterhin möchten wir alle BBU-Mitglieder an unsere Mitgliederversammlung (MV) erinnern, die am Samstag, dem 20. Mai an gleicher Stelle stattfindet.

Nähere Infos zur Veranstaltung, Anfahrt und Ort unter „Termine auf einen Blick“ sowie beim BBU unter 0228/214032 oder unter <http://www.bbu-online.de/Buchseite.htm>

3. Aus den Fachbereichen

• Chemiepolitik

Der Leitfaden SFK/TAA-GS-1 – Niedriges Schutzniveau bei den Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Seveso-II-Richtlinie und schutzbedürftigen Gebieten

Art. 12 (Land-use planning) der Seveso-II-Richtlinie der EU (Richtlinie 96/82/EG) verlangt in seinem Absatz 1, dass bereits bei der Flächenausweisung oder Flächennutzung zwischen bestimmten Chemiebetrieben einerseits und Wohngebieten, öffentlich genutzten Gebäuden und Gebieten, wichtigen Verkehrswegen, Freizeitgebieten oder unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvollen bzw. besonders empfindlichen Gebieten andererseits ein angemessener Abstand gewahrt bleibt.

Bei der nationalen Umsetzung auf der Grundlage des § 50 S. 1 BImSchG können im Rahmen der Bauleitplanung Abstände nicht unmittelbar festgesetzt werden. Hier können lediglich Flächen einander zugeordnet werden, was jedoch indirekt zu einer Abstandsfestlegung führt. Um eine geeignete Flächenzuordnung zu gewährleisten, kann auf der Grundlage von § 1 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 BauNVO im Bebauungsplan innerhalb eines Baugebiets die Zulässigkeit solcher Anlagen und Tätigkeiten ausgeschlossen werden, in denen bestimmte Stoffe und Stoffmengen be- oder verarbeitet oder gelagert werden sollen. Je nach Art der Nutzung seiner Umgebungsflächen wäre bei einer Neuplanung eines Betriebsbereichs auf einer Fläche die Chemikalienmenge geeignet zu wählen.

Die SFK-TAA-AG „Überwachung der Ansiedlung“ der bis zum Herbst 2005 tätigen Gremien „Störfallkommission (SFK)“ und „Technischer Ausschuss für Anlagensicherheit (TAA)“ hat sich in dem veröffentlichten Leitfaden SFK/TAA-GS-1 „Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und

schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung § 50 BImSchG“ u.a. die Aufgabe gestellt, Abstände zu ermitteln, falls ausgewählte Stoffe die in der Seveso-II-Richtlinie festgelegten Mengenschwellen überschreiten und keine weiteren Detailkenntnisse vorliegen. Als Kriterium diente dabei der Schutz der menschlichen Gesundheit; Auswirkungen auf die Umwelt wurden nicht berücksichtigt. Bei Einhaltung der Abstände soll im Allgemeinen davon auszugehen sein, dass die durch einen schweren Unfall in einem Betriebsbereich hervorgerufenen Auswirkungen für den Menschen nicht zu einer ernstesten Gefahr i.S.v. § 2 Nr. 4 der 12. BImSchV (Störfall-Verordnung) führen können.

Als Ergebnis liegt ein in der Vorgehensweise nachvollziehbares Werk vor, dem es jedoch an zentralen Stellen an konservativen Annahmen mangelt. In der Folge ergeben sich zu geringe Abstände und damit ein zu niedriges Schutzniveau:

- Für die Auswirkungsberechnungen wurden typisierte Szenarien verwendet. Worst-case-Betrachtungen wie die Freisetzung des gesamten Inventars oder der größten zusammenhängenden Masse wurden allerdings aus den Berechnungen der Abstände ausgeklammert. Insbesondere fanden das Spontanversagen von Behältern (einschließlich des Trümmerwurfs) oder der Abriss großer Rohrleitungen keine Berücksichtigung.

- Als Grundlage der Ausbreitungsrechnung für die Freisetzung toxischer Gase wurde das Modell gemäß der VDI-Richtlinie 3783 ausgewählt. Hierbei ist die Windgeschwindigkeit ein zentraler Parameter. Statt der eher konservativen Annahme einer Windgeschwindigkeit von 1 m/s wurde ein Wert von 3 m/s gewählt, was (stoffabhängig) bei dem für die toxikologische Beurteilung gewählten Wert zu Abständen führt,

die um den Faktor 2 bis 3 geringer sind. Detaillierte Werte der Abstände bei der Annahme verschiedener Windgeschwindigkeiten können Anhang 1 Nr. 2 des Leitfadens entnommen werden

- Zur Einschätzung der durch eine Freisetzung toxischer Gase hervorgerufenen Gefahr für die menschliche Gesundheit wurden die dreistufigen ERPG-Werte (Emergency Response Planning Guidelines) herangezogen. Als Beurteilungswert diente jeweils der ERPG-2-Wert. Jedoch hätte lediglich die Wahl der ERPG-1-Werte eine gesundheitliche Beeinträchtigung von Menschen ausschließen können.

Angesichts dessen ist der Ansicht, dass bei Einhaltung der empfohlenen Abstände unter den im Leitfaden getroffenen Annahmen im

Allgemeinen eine schwere Gefahr für den Menschen auszuschließen sei, nicht zuzustimmen. Bei der Verankerung von Chemieanlagen in einem Bebauungsplan sollten stattdessen worst-case-Szenarien und konservative Randbedingungen (niedrige Windgeschwindigkeit, ERPG-1-Wert) Grundlage einer Einschätzung und Flächenzuordnung sein.

Potentiell betroffene Personen sollten daher genau darauf achten, auf welchen Annahmen Bebauungsplanentwürfe beruhen. Insbesondere bei der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens besteht die Möglichkeit, Forderungen zur Durchsetzung hoher Beurteilungsniveaus zu erheben.

Oliver Kalusch, Vertreter des BBU in der KAS (Kommission für Anlagensicherheit)

• Wasser und Gewässerschutz

Energieriese E.ON drängt mehr und mehr auch in die kommunale Wasserwirtschaft

Energiekonzerne versorgen die Bevölkerung nicht nur mit Strom und Gas, sondern auch schon mit Wasser. Wer etwa meint, der Energieriese E.ON habe sich mit dem Verkauf von Gelsenwasser – einem der größten deutschen, privaten Unternehmen für die Trinkwasserversorgung – wieder aus diesem Bereich zurückgezogen, der irrt. Der Einstieg des Multis in das Wassergeschäft geht sehr stillschweigend vonstatten, da sich nur konzerneigene Töchter wie die Thüga AG, E.ON Avacon und andere bei

lokalen Stadtwerken einkaufen. Leider aber bleibt der flächendeckende Grundwasserschutz bei dieser Unternehmenspolitik auf der Strecke. Obwohl dies bundesweit geschieht, beschränkt sich Susanne Bareiß-Gülzow in ihrem aktuellen Artikel in der WATERKANT auf Beispiele aus dem Rheingebiet.

Der gesamte Artikel kann nachgelesen werden unter

www.vsr-gewaesserschutz.de/artikel/EON-H20.pdf

Harald Gülzow, VSR-Gewässerschutz

• Energie

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen

Vor 20 Jahren, am 26. April 1986, hat sich in Tschernobyl eine Reaktorkatastrophe ereignet, deren Folgen bis heute spürbar sind. Weltweit, so auch in Deutschland, finden in diesem Monat Aktionen an Atomanlagen und anderenorts anlässlich des 20. Jahrestages der Tschernobylkatastrophe und für den Sofortausstieg aus der Atomenergie statt. Auch in Nordrhein-Westfalen und in den benachbarten Niederlanden wird demonstriert. So zum Beispiel am kommenden Samstag (22.4.) direkt an der niederländischen Grenze in Gronau gegen die dort ansässige einzige deutsche Urananreicherungsanlage. Treffpunkt ist um 11.30 Uhr am

Alten Rathausturm in Gronau. Anschließend wird ab 14 Uhr vor der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo, 30 km westlich von Gronau, weiter demonstriert. Eine Woche später, am 29. April, wird in Ahaus, dem Standort eines Atommüll-Lagers, für einen Einlagerungsstopp und für den Sofortausstieg demonstriert. Treffpunkt ist um 12 Uhr der Bahnhof in Ahaus. Eine gute Terminübersicht über weitere Veranstaltungen gibt es beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. unter Tel. 0228/214032 oder im Internet unter www.bbu-online.de. *Pressemitteilung des BBU von Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied*

Atomenergie ist kein nachhaltiger Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und des Treibhauseffektes!

Berichte über die zunehmende Erwärmung der Erdatmosphäre durch CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe sind auf der Tagesordnung. Die Atomwirtschaft lässt insbesondere nach dem Regierungswechsel in Berlin und dem Preisanstieg für Öl und Gas keine Gelegenheit aus, um Atomenergie als Lösung

des Problems darzustellen. Viele Menschen fragen sich: Müssen wir jetzt nicht doch Atomenergie einsetzen, um eine Klimakatastrophe zu verhindern?

Tatsache ist: Die mit Milliardensummen weltweit ausgebauten Atomenergie kommt allenfalls zur Verringerung für die Hälfte aller klimawirksamen Emissionen in Betracht, da sie nur im energetischen Sektor verwendet wird. Trotz intensiver Bemühungen beträgt der Anteil der

Atomenergie an der Weltenergieversorgung nur etwa 2,3 Prozent. Und das, obwohl nach Angaben der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) Ende 2005 weltweit 442 Atomkraftwerke mit einer Leistung von 368,6 Gigawatt (GW) bereitstanden (1GW=1 Million Kilowatt). Vertreter der Atomwirtschaft und einige Wissenschaftler vertreten die Ansicht, dass sich die Klimaänderung durch den Treibhauseffekt am ehesten durch vermehrten Atomenergieeinsatz reduzieren ließe.

Bei einfacher Übertragung des Energiesystems der Bundesrepublik und von der Verbrauchsseite her gesehen, scheint die Atomenergie einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Problematik leisten zu können. Es darf jedoch nicht aus der Tatsache, dass Atomkraftwerke kaum CO₂ emittieren, geschlossen werden, dass ein auf der Atomenergie basierendes Energiesystem weniger CO₂ emittiert, als ein Energiesystem ohne Atomenergie.

Dabei wird einfach unterstellt, dass ein Energiesystem ohne Atomenergie einen genau so hohen Energieverbrauch haben müsse, wie jetzt, mit Atomenergie. Bei effizienterer Bereitstellung der nachgefragten Energiedienstleistung, also warme Wohnung, Transport von einem Ort zum anderen, Herstellung von Gütern usw. wäre nicht nur der Bedarf an Primärenergieträgern geringer, die Atomenergie würde auch gar nicht benötigt. Maßnahmen zur Effizienzsteigerungen sind die mit Abstand günstigste Option zur Reduzierung von CO₂-Emissionen, gefolgt von der Kraft-Wärme-

Kopplung, der Brennstoffsubstitution und dem Bau kleiner Windkraft- und Wasserkraftwerke.

Um nur 10 Prozent der weltweit verbrauchten Energie durch Atomstrom zu ersetzen, müssten bis 2050 mehr als 1000 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Damit wären die auf zwischen 60 und 200 Jahre bei gleichbleibendem Verbrauch geschätzten Laufzeiten der Uranvorräte natürlich erheblich schneller erschöpft.

Alle in den letzten Jahren durchgeführten Berechnungen kamen zu dem Ergebnis, dass die Erhöhung der Nutzungseffizienz die wirksamste Maßnahme zur CO₂-Reduzierung darstellt. Selbst wenn man die Risiken und Proliferationsgefahr außer acht ließe, ist die Atomenergie keine brauchbare Strategie zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Denn nur in Vergleichen, in denen ein hoher Energieverbrauch unterstellt wird und die sich auf die Angebotsseite beschränken, jedoch ein Energiesystem nicht im Zusammenhang sehen, kann die Atomenergie scheinbar einen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen darstellen. Im übrigen ist festzustellen, daß sich die Effizienz des Energiesystems in der BRD in den letzten 40 Jahren kaum verbessert hat. Hier gibt es noch gewaltige Möglichkeiten der Steigerung.

Wer auf Atomenergie setzt, erhält im schlimmsten Fall beides: Klima- und Atomkatastrophe! CO₂-Emissionen durch ständig steigenden Energieverbrauch und die damit verbundene Umwelt- und Klimabedrohung sind jedoch kein Schicksal, sondern durch wirtschaftliche und politische Entscheidungen beeinflussbar.

Pressemitteilung des BBU von Wolfgang Kühr, Vorstandsmitglied es BBU e.V.

BBU erhebt Einspruch gegen grenznahe Urananreicherungsanlage in den Niederlanden

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. hat gegen den beantragten Ausbau der einzigen niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) im grenznahen niederländischen Almelo Einspruch beim Umweltministerium (VROM) in Den Haag erhoben. Durch die Ausbaupläne sieht der BBU Gefahren für die Bevölkerung in den Niederlanden, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland, z. B. durch Urantransporte, aber auch durch Niedrigstrahlung und denkbare Störfälle.

Der BBU ist der Auffassung, dass eine Urananreicherungsanlage nie umweltverträglich betrieben werden kann. Da angereichertes Uran eine unverzichtbare Voraussetzung für den Betrieb fast aller Atomkraftwerke ist, würde eine Genehmigung zur Erhöhung der bisherigen UAA-Kapazität eine Zustimmung zum Weiterbetrieb bestehender und auch zum Bau neuer, lebensbedrohender Atomkraftwerke bedeuten. Der BBU sieht es daher als seine Pflicht an, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens die gene-

relle Unbeherrschbarkeit der Atomkraft und damit die grundsätzliche Umweltunverträglichkeit aller atomtechnischer Anlagen, inklusive Uranminen, zu thematisieren. Der BBU beantragt daher, dass das niederländische Umweltministerium als zuständige Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde zum Schutz der Bevölkerung das UAA-Genehmigungsverfahren abbricht und die in der Vergangenheit erteilten Genehmigungsbescheide zum Betrieb der UAA Almelo sofort aufhebt.

Der BBU hatte bereits in der Vergangenheit gegen den Betrieb und Ausbau der UAA in Almelo protestiert. Der BBU fordert generell die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – in der Bundesrepublik, im Iran, in den Niederlanden und anderswo.

Neben dem BBU haben auch der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und der Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) e. V., die beide Widerstand gegen die einzige deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau leisten, Einspruch gegen den Ausbau der UAA Almelo erhoben. Der Urenco-Konzern, der beide Urananreicherungsanlagen in Gronau und Almelo betreibt, will bei beiden Anlagen eine

Kapazität von jeweils 4500 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr erreichen. Damit könnten pro Jahr etwa 70 Atomkraftwerke mit Uranbrennstoff versorgt werden. Anlässlich des 20. Tschernobyljahrestages wird am 22. April ein grenzüberschreitender Demonstrationstag in Gronau und Almelo stattfinden. Mit der Demonstration soll auch die Verknüpfung der sogenannten zivilen

mit der militärischen Atomkraftnutzung thematisiert werden, die derzeit am Beispiel des Irans weltweit diskutiert wird.

Nähere Informationen gibt es beim Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau unter Tel. 02562-23125 oder in der Geschäftsstelle des BBU unter 0228-214032.

Pressemitteilung des BBU von Udo Buchholz

• Gentechnik

Erste Monsanto-Kampagne der AG Globalisierung und Ökologie in Göttingen

Die Auseinandersetzungen über die Einführung der Gentechnik spitzen sich zu. Wenn in diesem Jahr auf immer mehr Feldern genetisch veränderter Mais ausgesät wird, entscheidet sich damit auch die Zukunft der Agro-Gentechnik in Deutschland und Europa. Höchste Zeit also, etwas zu tun!

Der Saatgut-Konzern Monsanto ist eine der treibenden Kräfte hinter dem Anbau von genetisch verändertem Saatgut. Zum einen bietet Monsanto selbst gv-Saatgut unter der Marke Dekalb an. Gleichzeitig werden aber auch die genetisch veränderten Eigenschaften der meisten in Europa angebauten Sorten von Monsanto ent-

wickelt. Zudem zeigt sich der Konzern führend, wenn es um die einseitige Information von LandwirtInnen geht, und betreibt massives Lobbying bei Bundesregierung und EU-Kommission, um eine lasche Gentechnik-Gesetzgebung zu erreichen. Wollen wir also die Einführung der Gentechnik in Europa und dem Rest der Welt verhindern, müssen wir Monsanto stoppen!

Die Attac AG Globalisierung und Ökologie startet eine Kampagne gegen Monsanto und lädt ein zum ersten offenen Kampagnentreffen am 22.04.06 um 10h in Göttingen. Infos zur Veranstaltung und zur Anmeldung gibt es unter www.attac.de/oekologie

Pressemitteilung von Attac vom 06.04.2006

4. Lesenswertes

Wir waren dabei – 20 Jahre Tschernobyl

„Es besteht kein Grund zur Beunruhigung.“ So oder so ähnlich hieß es vor 20 Jahren in den ersten Tagen nach Tschernobyl von Seiten der Politik und der Medien. Was war geschehen und vor allem: was war zu tun?

„20 Jahre nach Tschernobyl bedeutet auch 20 Jahre mit Tschernobyl.“ Das ist die Kernaussage des gerade erschienenen Buches „Frauen aktiv gegen Atomenergie – wenn aus Wut Visionen werden“ von Ulrike Röhr. Am 26. April 1986 führte eine Explosion im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl zur schwersten Katastrophe in der zivilen Nutzung der Kernenergie. Und noch heute sind die Folgen für die kommenden Generationen unabsehbar.

In ihrem Sammelband fasst Ulrike Röhr von GEMANET (nähere Infos hierzu siehe unter www.gemanet.de) die Erinnerungen und Erlebnisse von Zeitzeuginnen zusammen. In bewegenden Interviews erinnern sich diese, wie sie die Reaktorkatastrophe erlebt haben und wie diese ihr Denken und Handeln nachhaltig verändert hat. Was haben sie gefühlt, als klar wurde, dass der atomare Niederschlag große Teile Europas verseucht hat? Wie haben sie die damals vorherrschende Desinformation empfunden? Was haben sie tatsächlich gewusst?

Die Berichte und Gedichte sind generationsübergreifend. Die zum Zeitpunkt des Unglücks erst 10 jährige Tanja Mölders kommt ebenso zu

Wort wie die heute 49-jährige Jelena B., die sich während der Katastrophe gerademal 2 Kilometer vom Reaktor entfernt aufhielt.

Doch das Buch geht weiter: Es fragt nicht nur nach dem, was war und ist, sondern auch dem, was sein wird. Haben wir aus der Katastrophe gelernt? Inwieweit ist Tschernobyl für uns noch präsent und wie aktiv ist der Widerstand heute, 20 Jahre danach? Vorgestellt werden Frauengruppen, wie beispielsweise der Verein „Mütter gegen Atomkraft“ (Gründungsjahr Mai 1986 – also schon kurz nach der Katastrophe), sowie Bürgerbewegungen aus dem Wendland, die sich bis heute aktiv gegen Castortransporte, sogenannte „Endlager“ und eine atomfreie Zukunft einsetzen.

Ebenfalls werden Frauen vorgestellt, die im Bereich der Erneuerbaren Energien arbeiten und einen wichtigen Beitrag zur Abschaffung der Atomenergie leisten.

Außerdem wird kritisch hinterfragt, wie es sein kann, dass knapp 20 Jahre nach Tschernobyl die Internationale Atomenergiebehörde den Friedensnobelpreis verliehen bekommt – sieht so ein verantwortungsvoller und nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten aus?

Ein lesenswertes Buch mit beeindruckenden Lebensgeschichten von Frauen, die uns vor Augen führen, warum es sich lohnt, Widerstand zu leisten.

„Frauen aktiv gegen Atomenergie – Wenn aus Wut Visionen werden“ von Ulrike Röhr (Hg.)

ISBN 3-8334-4592-0
!98 Seiten, 19,90 €

Saskia von der Burg

Neue Waterkant erschienen

Das neue Heft der „Waterkant“ des „Aktionskonferenz Nordsee e.V. (AKN)“ ist da. Die Ausgabe 01/2006 umfasst 48 Seiten - davon 24 Seiten Beilage einer Dokumentation des jüngsten AKN-Symposiums „Entwicklung eines Meeresschutzprogramms“. Ferner enthält das Heft Beiträge zu den Themen Tiefwasserhafen, „port package II“, Elbvertiefung, Nordseeschutzkonferenz, Vogel-

grippe, Wassergewinnung aus Nebel oder E.ONs Eroberung kommunaler Wassernetze. Das Editorial widmet sich diesmal dem Streik im öffentlichen Dienst.

Mehr Infos sowie die Möglichkeit zur Bestellung unter www.waterkant.info

Pressemitteilung des AKN vom 30.März 2006

5. Termine auf einen Blick

Wann?	Was?	Wo?	Info
21. – 24.04.2006	Haus + Bau <i>mit BBU-Stand</i>	Radolfzell	Infos unter www.messe-sauber.de
22.04.2006 ab 11:30 Uhr	Grenzüberschreitende Gedenk-Demonstration zum 20. Tschernobyl- Jahrestag	Gronau/ Almelo	AKU Gronau Tel. 02562/23125 und unter http://www.bbu-online.de/Termine/Aufruf.htm
23.04.2006 11 Uhr	20 Jahre Tschernobyl (Benefizveranstaltung)	München	Infos unter www.frm2.de
24./ 25.04.2006	„Tschernobyl: 1986- 2006: Erfahrungen für die Zukunft“ (Tagung)	Berlin	Weitere Infos unter http://www.tschernobyl2006.de/tagungen_tschernobyl_programm.aspx
29.04.2006 12 Uhr	„AtomKraftWaffen abschaffen“ (Demo)	Biblis, Treffpunkt am Bahnhof	Infos beim BUND Hessen, Tel.: 06221/164841 & unter www.DemoBiblis2904.de
06.05 – 14.05.2006	Ufer-Woche <i>mit BBU-Stand</i>	Konstanz	Infos unter http://www.uferwoche.de/messeinformationen.php?id=13
19.05.2006 19 h – 21 h	„Wirtschafts- und Umweltkriminalität“ (öffentliche Veranstal- tung des BBU mit Prof. Dr. Erich Schöndorf)	Irish Pub James Joyce, Mauspfad 6 - 10, 53111 Bonn	Infos zur Veranstaltung beim BBU, Tel.: 0228/214032, oder unter www.bbu-online.de
20.05.2006 11 Uhr	Mitgliederversammlung des BBU e.V.	Irish Pub James Joyce, Mauspfad 6 - 10, 53111 Bonn	Infos zur Mitgliederversamm- lung beim BBU, Tel.: 0228/214032

6. Hilfreiche Tipps

Plakataktion zum Tschernobyljahrestag

Das Verbändenetzwerk „Tschernobyl+20“ hat eine Plakatserie zum 20. Jahrestag von Tschernobyl und zu den wichtigsten Argumenten gegen Atomkraft erstellt. Entstanden sind zehn A2-Plakate, die gut in Schulen, in Gemein-

dehäusern oder an anderen öffentlichen Orten aufgehängt werden können. Diese sind unter http://www.ausgestrahlt.de/img/atom/Plakat_Tschernobyl.pdf zur Ansicht abrufbar. Dort können die Plakate dann auch direkt bestellt werden.

redigiert von Saskia von der Burg

7. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 04/ 06

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn

Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder

können den Newsletter ebenfalls beim BBU anfordern.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster **Redaktions-**

schluss ist der 21. Mai 2006, 13 Uhr. Beiträge von

Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen

oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de